

Eckpunkte zum Eingliederungsplan

nach § 57 Abs. 1 Nr. 1 SGB IX, § 3 Abs. 1 WVO

Grundlagen und Ziele

Ziel des individuellen Eingliederungsplanes ist die Steuerung des individuellen Maßnahmeverlaufes und die Absicherung des Maßnahmeerfolges.

Der Eingliederungsplan ist die Grundlage für eine zielgerichtete Unterstützung des Teilnehmenden. Er baut auf einer qualifizierten Kompetenzanalyse sowie den erhobenen Informationen über den Teilnehmenden hinsichtlich seiner schulischen Erfahrungen, seines bisherigen persönlichen und beruflichen Werdegangs und seines sozialen Umfeldes auf. Der individuelle Entwicklungsstand des Teilnehmenden, die laufenden Aktivitäten sowie die Planung, Überwachung, Beurteilung und Steuerung des Entwicklungsprozesses ist fortlaufend im Eingliederungsplan zu dokumentieren. Hierbei ist auch zu verdeutlichen, wie Netzwerkpartner in den Förderverlauf und in den Eingliederungsprozess einbezogen werden. Näheres zu den maßgeblichen Anforderungen für den individuellen Eingliederungsplan ist im Fachkonzept für Eingangsverfahren/Berufsbildungsbereich bei anderen Leistungsanbietern (unter Pkt. 4.3.3) beschrieben. Der Teilnehmende ist aktiv in die Eingliederungsplanung einzubinden und adressatengerecht über die nächsten Schritte der Förderung zu informieren. Durch eine weitestgehend standardisierte Basis zum Eingliederungsplan soll die individuelle Weiterentwicklung/Fortschreibung über die gesamte Förderung im gestuften Verfahren (Eingangsverfahren, Berufsbildungsbereich, Arbeitsbereich) sichergestellt werden. Vorteile ergeben sich hierdurch auch in der Kommunikation zwischen anderem Leistungsanbieter und Reha-Träger, sowie bei möglichen Übergängen zu anderen Leistungserbringern.

Hinweise zum Aufbau des Eingliederungsplanes

Der Eingliederungsplan enthält standardisiert folgende Angaben:

1. Angaben zur Person und zu formalen Aspekten

u. a. Name, Adresse, Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Muttersprache, Familienstand, Kinder, gesetzliche Betreuung, Wohnsituation, Angaben zur Schul- und Berufsbiographie, Rentenbezug, aktuelle Maßnahmeteilnahme (EV, BBB), Beginn/Ende, verantwortlicher Bildungsbegleiter, Einsatzort, Reha-Träger (zuständige Agentur für Arbeit), Zeitpunkt und Anlass Bericht/Vorschlag an Reha-Träger, Kundennummer

2. Art und Schwere der Behinderung, sowie Angaben zu den Auswirkungen der Behinderung

u. a. GdB, individuelle Auswirkungen, Behinderungsbedingte Besonderheiten/Lebensumstände/Hinweise (z.B. Rollstuhlfahrer, Medikation), Abwesenheitsverkürzung gem. § 6 Abs. 2 WVO, Mobilität

3. Ergebnisse vorausgegangener Begutachtungen/Förderempfehlungen (wesentliche Kernaussagen/Feststellungen)

u. a. Auswertung ggfs. vorhandener Gutachten, Erkenntnisse zur persönlichen und beruflichen Situation zum Zeitpunkt des Eintritts in die Maßnahme, Dokumentation zum Stand der Persönlichkeitsentwicklung, von persönlichen Interessen, Bedürfnissen, Fähigkeiten und Kompetenzen zum Zeitpunkt des Eintritts in die Maßnahme

4. Beschreibung und Bewertung der Ergebnisse eigener Testverfahren: a) der Kompetenzanalyse und b) der anschließenden Förderdiagnose

u. a. Benennung der angewandten Testverfahren, Feststellungen zu den im Fachkonzept definierten Kompetenzbereichen, Aussagen zu Arbeitsmotivation und Arbeitsverhalten, zu Kernkompetenzen, zu Kenntnissen und Fähigkeiten, zu Stärken/Schwächen, zu Art und Umfang möglicher Hilfebedarfe, Darstellung der Tätigkeiten, die mit welchem Erfolg ausgeführt wurden, Wünsche/Vorstellungen des Teilnehmenden, Fortschreibung der Kompetenzanalyse/n im BBB

5. Zielbeschreibung der Eingliederungsmaßnahmen im Eingangsverfahren, Berufsbildungsbereich und für einen möglichen Übergang in den allgemeinen Arbeitsmarkt

u. a. Aussage zum Eingliederungsziel, Beschreibung der Integrationsstrategie, Aussagen zu erforderlichen Unterstützungsbedarfen, Darstellung von Maßnahmen zur übergreifenden Kompetenzbildung, Aussagen zu möglichen Tätigkeitsbereichen im BBB, zur beruflichen Qualifizierungsebene, Angebote im Berichtszeitraum, Vorgehen bei der weiteren Förderplanung, Aussagen zu geplanten und/oder durchgeführten (betrieblichen) Praktika (Anzahl, Dauer, Tätigkeit und Ort), Aspekte warum ggfs. kein Praktikum vorgesehen ist

6. Beschreibung der Mittel, Methoden und Dauer der Eingliederungsmaßnahmen,

7. Beratungs- und Abstimmungsergebnisse über die Eingliederungsmaßnahmen mit dem Teilnehmenden (unter Angabe von Datum und Unterschrift des Teilnehmenden)